

Antrag A1: Jugendwahlprogramm für die Bundestagswahl 2025

Antragsteller*in:	Juso-Bundesvorstand
Status:	eingereicht
Sachgebiet:	A - Leitantrag

Die Versammlung möge beschließen:

1 *Dies ist eine Komplettersetzung durch den Antragsteller in Fassung vom 11. November.*

2 *Änderungsanträge beziehen sich auf die neue Fassung.*

3 **I. Unsere Kampagne für unsere Generation**

4 Das Scheitern der Ampel ist das Scheitern neoliberaler Sparpolitik. Das krampfhaft
5 Festhalten der FDP an dem völlig überkommenen Instrument der Schuldenbremse steht im
6 Widerspruch zu der dringend erforderlichen Handlungsfähigkeit von Staat und Politik.
7 Mit dem Scheitern der Ampel ist für alle offensichtlich geworden: Es ist höchste
8 Zeit, die fiskalische Fessel der Schuldenbremse endlich und für allemal
9 abzuschütteln. Der künstliche Sparzwang führt zu einem gegenseitigen Auspielen
10 gesellschaftlicher Gruppe. Es wird versucht, die Notwendigkeit staatlicher
11 Investitionen mit inakzeptablen Einschnitten im sozialen Bereich zu erkaufen. Aus
12 dieser „Entweder- oder“-Debatte gilt es auszurechnen. Es braucht ein „sowohl als
13 auch“. Der soziale Frieden muss ebenso gesichert werden wie kraftvolle Investitionen
14 in unsere öffentliche und soziale Infrastruktur.

15 Statt Abgrenzungsdebatten nach unten zu führen, gilt es endlich wieder mutig die
16 Verteilungsfrage zu stellen. Wir wollen die 95 Prozent endlich besserstellen und
17 dafür den übermäßigen Reichtum des reichsten Prozents endlich gerecht in
18 Verantwortung nehmen. Dabei legen wir Wert auf eine intersektionale Perspektive. Denn
19 Verteilungsgerechtigkeit reproduziert gesellschaftliche Machtverhältnisse. FINTA
20 ebenso wie BIPOC werden in unserer Gesellschaft insbesondere ausgebeutet und leiden
21 unter einer ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung.

22 Die neoliberale Sparpolitik und die deswegen verschwindenden Räume für junge Menschen
23 und fehlende Investitionen in die soziale Infrastruktur, sowie politische und
24 antifaschistische Bildung zeigen wie die junge Generation in vielen
25 gesellschaftlichen Krisen politisch vernachlässigt wurde. Diese Versäumnisse sind
26 reale Ursache für den Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit des Staates,
27 einzelner Parteien und letztlich der liberalen Demokratie selbst. Diese scheint nicht
28 mehr in der Lage zu sein, die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Dazu
29 haben 16 Jahre Merkel-Kanzlerinnenschaft und auch die SPD-geführte Bundesregierung
30 beigetragen. Das versprochene sozialdemokratische Jahrzehnt ist bei uns nicht
31 angekommen.

32 Das kann es noch nicht gewesen sein. Wir kämpfen für den demokratischen Sozialismus.

33 Die Lebenschancen gerade für junge Menschen sind in Deutschland extrem ungleich
34 verteilt. Die soziale Mobilität ist auf einem extremen Tief. Das widerspricht dem
35 sozialdemokratischen Versprechen einer Gesellschaft, in der durch Bildung und Arbeit
36 Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe für alle verwirklicht werden kann.

37 Die 19. Shell Jugendstudie zeigt, dass sich Jugendliche politisch deutlicher als

38 bisher positionieren. Einerseits verstehen sich mehr Jugendliche rechts, was
39 besorgniserregend ist, andererseits sind absolut immer noch deutlich mehr junge
40 Menschen im linken Lager verortet. Das trägt zur Fragmentierung der Parlamente
41 bei. Viele junge Menschen mit eher progressiven Positionen wählen zunehmend
42 fortschrittlich orientierte Kleinstparteien.

43 Zu den materiellen Fragen, die nicht beantwortet wurden, kommen rassistische,
44 sexistische, queerfeindliche und weitere Diskriminierungen, die ebenfalls zunehmen.
45 Diese Diskriminierungen können sich überschneiden. Menschen, die wenig Kapital
46 besitzen, sind oftmals von mindestens einer dieser Diskriminierung betroffen. Der
47 Rechtsruck stellt für diese marginalisierten Gruppen eine lebensgefährliche Situation
48 dar.

49 Recht Populist*innen mache sich die allgemein vorherrschende Unzufriedenheit zu
50 Nutzen. Besonders bei den drei vergangenen Wahlen in Ostdeutschland haben sich diese
51 besorgniserregenden Entwicklungen in enorm starken Wahlergebnissen für die
52 rechtsextreme AfD entladen. Dabei ist auffällig, dass rechtsextreme Positionen vor
53 allem bei jungen Männern im ländlichen Raum zunimmt, während gerade junge Frauen in
54 die entgegengesetzte Richtung tendieren und eher linke Parteien unterstützen. Viele
55 auch junge Menschen werden durch die etablierten Parteien nicht mehr erreicht und
56 wenden sich immer weiter ab von demokratisch geführten Auseinandersetzungen.

57 Diese Entwicklung geht einher mit einer nie dagewesenen Diskursverschiebung auch
58 durch das demokratische Lager, die rechten Narrativen folgt. Wer Narrative der
59 politischen Gegner übernimmt, stärkt diese. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es,
60 diese Spirale zu durchbrechen und sich schützend insbesondere vor marginalisierte
61 Gruppen zu stellen, die die Verschiebung besonders betrifft. Rechten Parteien ist es
62 in den letzten Jahren gelungen, politische Debatten von der Suche nach Lösungen auf
63 die Suche nach Feindbildern zu verlagern. Das Gefühl der Dauerkrisen, Zukunftsängste
64 und sozialer Unfrieden bestärken Menschen in ihrem Vertrauensverlust in Politik und
65 Institutionen und dem Zuwenden zu rechten Kräften.

66 Diese Diskursverschiebung verstärkt bereits vorher dagewesene Diskriminierungen.
67 Menschen, die wenig Materielles besitzen, sind oftmals von mindestens einer oftmals
68 von mehreren Formen dieser Diskriminierung betroffen. Der Rechtsruck stellt für diese
69 marginalisierten Gruppen eine lebensgefährliche Situation dar.

70 Wir stellen uns dem Weg des Populismus und der Diskursverschiebung entgegen. Das
71 heißt auch, dass wir für eine Sozialdemokratie kämpfen, die in der
72 Regierungsverantwortung nicht rechte Narrative und Themen bedient. Das ist
73 entscheidend für die Unterstützung durch unseren Verband.

74 **II. Unsere Kampagnenziele**

75 1. Wir wollen jungen Menschen mit unserer Kampagne das Gefühl vermitteln, dass sie
76 den Krisen dieser Welt nicht hilflos ausgeliefert sind. Dass die Ursachen von
77 Armut, Ausbeutung und Zukunftsängsten politisch und gesellschaftlich geschaffen
78 sind und sie somit auch selbst in der Hand haben, durch eigenes Engagement und
79 gemeinschaftliche Organisation eben diese Ursachen zu verändern.

80 2. Wir wollen junge Menschen ansprechen. Dabei legen wir einen Fokus auf
81 Nichtwähler*innen – die sich selbst als unpolitisch bezeichnen – und
82 Erstwähler*innen. Wir wollen ihnen einerseits zeigen, dass ihre Stimme für

83 eine Sozialdemokratie, die für sie kämpft, richtig ist und sie links
84 politisieren.

85 3. Es ist entscheidend, endlich wieder linke und progressiv Diskursräume in der
86 Gesellschaft zu öffnen, was mit einer klaren linken Kampagne gelingen kann.

87 4. Indem wir linke und progressive Kandidat*innen unterstützen, wollen wir in der
88 SPD-Fraktion linke Mehrheiten schaffen. Deswegen unterstützen wir junge
89 Abgeordnete mit einem sozialistischen Blick auf die Welt und alle
90 Sozialdemokratischen Kandidat*innen, die sich mit unseren Werten und Grundsätzen
91 identifizieren.

92 5. Mit einer positiven Erzählung machen wir Lust auf ein gutes Morgen, das wir
93 gemeinsam erkämpfen werden. Wir glauben an Solidarität und Gemeinschaft und
94 haben den Anspruch, unsere Zukunft solidarisch und miteinander zu organisieren.
95 Wir wollen, dass junge Menschen wieder Zuversicht haben. Die bessere Welt ist
96 möglich.

97 **III . Unsere zentralen Wahlkampforderungen**

98 Wir wollen ein **Ein-Billion-Euro-Investitionsprogramm** zur umfassenden Erneuerung und
99 Modernisierung unserer öffentlichen und sozialen Infrastruktur, für Klimaschutz,
100 Bildung und klimaneutrale Industrie. Dafür wollen wir die Schuldenbremse abschaffen.
101 Das muss Bedingung der SPD für den etwaigen Eintritt in eine Regierungskoalition
102 sein.

103 Wir wollen eine **WG-Garantie** für alle Studierenden und Auszubildenden. Junge Menschen
104 müssen ein **Zimmer unter 400€ Miete** erhalten.

105 Wir müssen endlich **Erbschaften und Vermögen** gerecht besteuern, um die krasse
106 Vermögensungleichheit sowie Kinderarmut beenden. Übermäßiger Reichtum und
107 unerträgliche Armut sind zwei Seiten der gleichen Medaille in einer viel zu
108 ungleichen Gesellschaft.

109 **My body, my choice!** Wir wollen **§ 218** endlich aus dem Strafgesetzbuch streichen.

110 Alle jungen Menschen haben das Recht auf einen Ausbildungsplatz. Wir werden die
111 **Ausbildungsgarantie** zu einer echten Garantie machen.

112 Das Sterben auf der Flucht muss enden. Wir wollen **sichere Fluchtrouten schaffen** und
113 **Resettlementprogramme** ausweiten.

114 **IV. Programmatische Cluster**

115 Im Folgenden werden verschiedene Themencluster als inhaltliche Schwerpunktsetzung für
116 den Bundestagswahlkampf 2025 vorgestellt. Nach einer kurzen Einbettung in das
117 politische Cluster werden konkrete politische Maßnahmen bzw. Forderungen für die
118 Kampagne benannt:

119 1. Damit Du dir ein gutes und gesundes Leben leisten kannst

120 2. Damit Du wohnen kannst - wie und wo Du willst!

121 3. Damit alle die gleiche Chance haben!

122 4. Damit Du schnelles Netz und pünktliche Bahnen hast!

123 5. Damit Du selbstbestimmt und sicher leben kannst!

124 6. Damit Du in Wohlstand leben und das Klima schützen kannst!

125 **1. „Damit Du Dir ein gutes Leben leisten kannst“**

126 Ein Arbeitsplatz mit sicherem Einkommen, eine bezahlbare Wohnung, eine
127 funktionierende staatliche Infrastruktur und einen Therapieplatz, wenn man einen
128 braucht, sind elementare Voraussetzungen für ein gutes Leben in unserer Gesellschaft.
129 Gerade viele junge Menschen verzweifeln am Wohnungsmarkt, sind mit dem Arbeitsmarkt
130 und der 40-Stunden-Woche unzufrieden und merken, dass der Putz unserer Infrastruktur
131 gewaltig bröckelt. Wir wollen, dass jeder junge Mensch sich ein gutes Leben leisten
132 kann und der Staat unterstützt, wenn mal nicht alles so läuft wie geplant.

133 **a. Gesund sein ist die halbe Miete**

- 134 • Es gibt keine Menschen zweiter Klasse: Wir werden die **Zwei-Klassen-Medizin**
135 **abschaffen** und eine Bürger*innenversicherung entwickeln, in die alle einzahlen.
136 Die Beiträge müssen konstant bleiben und nicht weiter steigen. Außerdem gehört
137 die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft.
138 Wie gut die medizinische Grundversorgung ist, hängt immer noch essentiell vom
139 Geldbeutel ab. Das muss enden. Wir wollen weg von einem profitorientierten
140 Gesundheitssystem.
- 141 • Weiter braucht es überall **anonyme Krankenscheine**, damit auch wohnungslose
142 Menschen, Menschen, die in Deutschland keinen geregelten Aufenthaltsstatus haben
143 oder Menschen, die aus anderen Gründen keine Krankenkasse haben, gesundheitlich
144 versorgt werden können. Anonyme Krankenscheine ermöglichen Menschen ohne
145 Krankenkassenkarten medizinische Versorgung, sowie Ärzt*innen die Abrechnung der
146 Leistungen.
- 147 • Wir wollen sicherstellen, dass Geflüchtete direkten und vollständigen **Zugang zum**
148 **Gesundheitssystem** haben. Asylsuchende haben in ihren ersten Monaten ihres
149 Aufenthalts laut Asylbewerberleistungsgesetz nur einen eingeschränkten Zugang
150 zur Gesundheitsversorgung. Wir fordern deswegen die Abschaffung des
151 Asylbewerberleistungsgesetzes. Asylsuchende dürfen nicht in einem
152 Sondersozialleistungssystem stecken, wo sie unter dem Existenzminimum leben
153 müssen und keinen vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben.
154 Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht und dies gilt für jeden Menschen.
155 Asylsuchende sollen deswegen wie auch schon ukrainische Geflüchtete ins reguläre
156 Sozialleistungssystem.
- 157 • Wir wollen die **Zuzahlung bei verschreibungspflichtigen Medikamenten** und anderer,
158 wie beispielsweise zahnmedizinischen Leistungen, für alle **abschaffen**.
159 Gleichzeitig braucht es keine Kassenleistungen bei Homöopathie.
- 160 • Wir wollen eine **flächendeckende Gesundheitsversorgung**, die in öffentlicher Hand
161 ist und die sicherstellt, dass Du egal, wo Du wohnst, die beste gesundheitliche
162 Versorgung in Anspruch nehmen kannst.
- 163 • **Wir brauchen dringend mehr Psychotherapeut*innen**. Wir müssen mehr Kassensitze
164 schaffen durch Absenkung der Verhältniszahlen, eine Erleichterung des
165 Kostenerstattungsverfahrens, damit auch Therapeut*innen ohne Sitz Psychotherapie
166 für gesetzlich Versicherte anbieten können sowie mehr Anlaufstellen mit
167 ausgebildeten Psychotherapeutinnen für Schüler*innen, Studierende und
168 Auszubildende, insbesondere wollen wir kostenlose Ausbildung für angehende
169 Psychotherapeut*innen. Zusätzlich sollen auch kurzfristig Psychotherapien in

170 Privatpraxen von den gesetzlichen Versicherungen übernommen werden. Daneben muss
171 auch die **stationäre Versorgung** weiter ausgebaut werden, vor allem auch im
172 ländlichen Raum. Psychische Erkrankungen müssen entstigmatisiert werden und
173 weniger als individuelle, sondern als strukturell gesellschaftliche Probleme
174 intersektional betrachtet werden.

- 175 • Wir wollen in der Forschung von einer rein männlich-zentrierten Betrachtung von
176 Körpern weg. Es braucht eine geschlechterspezifische medizinische Versorgung und
177 mehr Gelder für Forschung zur Behandlung und vollständige Übernahme der
178 Behandlungen durch die gesetzlichen Kassen von Krankheiten, die vor allem
179 Menschen mit Uterus betreffen, wie Endometriose oder PCOS. Generell müssen
180 dringend gender und race bias in der Medizin abgebaut werden, denn sie führen zu
181 falschen oder nicht stattfindenden Behandlungen und gefährden Menschenleben.
182 Auch queere Menschen, besonders trans* Menschen brauchen eine
183 diskriminierungssensible Gesundheitsversorgung.
- 184 • Zusätzlich sollen **HPV-Impfungen** für alle Geschlechter und Altersgruppen
185 übernommen werden sowie **Verhütungsmittel für alle Geschlechter im öffentlichen**
186 **Raum** umsonst bereitgestellt werden.
- 187 • Wir wollen ein **digitalisiertes Gesundheitssystem**, das es ermöglicht, schnell,
188 einfach und digital, Termine bei Ärzt*innen zu bekommen, deine Gesundheitsdaten
189 verfügbar zu haben und Medikamente abzuholen. Dabei muss selbstverständlich der
190 Datenschutz gesundheitssensibler Daten gewährleistet werden.

191

192 **b. Wir geben Dir was und nehmen Dir nichts**

- 193 • **Grunderbe** mit einer bedingungslosen Auszahlung **von 60.000 Euro** an jede Person,
194 die das 18. Lebensjahr vollendet hat. Dafür werden wir die Erbschaftssteuer
195 reformieren: Wir **erhöhen den Grundfreibetrag** und **starten mit einem**
196 **Einstiegssteuersatz von 10 Prozent** auf die erste Million bis 90 Prozent auf die
197 neunte sowie folgende vererbte Millionen. **Keiner wird Dir dein Haus wegnehmen:**
198 Als Ausnahmetatbestand bleibt die steuerfreie Vererbbarkeit einer vom
199 Erben/Beschenkten selbst bewohnten Immobilie.
- 200 • **Wiedereinführung der Vermögenssteuer.** Wir wollen, dass große Vermögen einen
201 fairen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten und gleichzeitig
202 mit Freibeträgen und Ausnahmen für inhaber*innengeführten Unternehmen und für
203 selbst bewohnte Immobilien ausschließen, dass es zu übermäßigen Belastungen für
204 Einzelne kommt.
- 205 • **Wir zahlen zu viel Einkommenssteuer:** Wir wollen, dass alle mehr von ihrem
206 erarbeiteten Lohn haben. Wir wollen, dass der Grenzsteuersatz für das
207 Durchschnittseinkommen nicht bei über 25 Prozent liegt. Das heißt, wir wollen
208 kleine und mittlere Einkommen massiv entlasten.. Einkommenmillionär*innen wollen
209 wir hingegen über einen höheren Spitzensteuersatz stärker in Verantwortung
210 nehmen. Erträge aus Kapitaleinkommen wollen wir genauso besteuern wie
211 Arbeitseinkommen.
- 212 • Die Belastungen der ökologischen Transformation für Unternehmen und Industrie
213 werden oftmals indirekt auf die Verbraucher*innen umgelegt. Damit diese
214 entlastet werden, fordern wir die längst überfällige **Einführung eines**

215 **Klimageldes.** Wir unterstützen ein Klimageld, das degressiv abschmilzt, je höher
216 das Einkommen ist. Damit Menschen mit geringem Einkommen stärker entlastet
217 werden.

- 218 • Wir fordern die **Abschaffung der Umsatzsteuer (ugs. Mehrwertsteuer) auf**
219 **Lebensmittel** und wollen die Voraussetzungen schaffen, die Mehrwertsteuer
220 insgesamt abzuschaffen.
- 221 • Wir werden die **Beitragslast** der Arbeitnehmer*innen **in den Sozialversicherungen**
222 **verringern** und Kapitalerträge über eine Wertschöpfungsabgabe an der Finanzierung
223 unseres Sozialsystems beteiligen.
- 224 • Wer sein Leben lang arbeitet, darf im Alter nicht verarmen. Wir wollen die
225 gesetzliche Rente stabil und zukunftsfest machen. Wir wollen das **Rentenniveau**
226 **perspektivisch auf 53 Prozent** stabilisieren und eine **Mindestrente** einführen, die
227 Altersarmut verhindert. Wir wollen eine zukunftsichere Rente schaffen, in der
228 alle Erwerbstätigen einzahlen und stärker innerhalb der Rentenversicherung
229 umverteilen, um eine übermäßige Belastung von Arbeitnehmer*innen zu verhindern.

230

231

232 **c.Gute Ausbildung und gut verdienen**

- 233 • Wir fordern eine sofortige Anhebung des **Mindestlohns auf 15 Euro** und setzen uns
234 an der Seite der DGB-Gewerkschaften für eine sukzessive Erhöhung des Lohnniveaus
235 ein. Weiterhin soll der Mindestlohn einem Inflationsanpassungsmechanismus
236 unterliegen. Letztlich soll der Mindestlohn aber nur eine Lohnuntergrenze sein
237 und das Ziel ist es, dass möglichst alle Arbeitnehmer*innen in die Tarifbindung
238 zu bringen.
- 239 • Es braucht eine **Verkürzung der Arbeitszeit** aufgrund der immer weiter steigenden
240 Produktivität und Wertschöpfung der Arbeitskraft. Die Mehrheit der
241 Vollzeitbeschäftigten wünscht sich, die Wochenarbeitszeit zu reduzieren, um
242 besser Arbeit, Familie, Engagement und Freizeit miteinander vereinbaren zu
243 können. Insbesondere der öffentliche Dienst muss hier mit gutem Beispiel
244 vorangehen. Gleichzeitig sind insbesondere viele Frauen unfreiwillig
245 unterbeschäftigt und stecken in der Teilzeitfalle. Für sie müssen wir die
246 Voraussetzungen schaffen, ihre Arbeitszeit zu erhöhen. Unter anderem muss
247 Kinderbetreuung ausgebaut, Carearbeit fair verteilt und das "Recht auf Teilzeit"
248 muss um ein "Recht auf Vollzeit" ergänzt werden. Es braucht die
249 Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, damit Care-Arbeit
250 zwischen den Geschlechtern paritätisch aufgeteilt werden kann. Außerdem müssen
251 dazu falsche Anreize wie das Ehegattensplitting abgeschafft, durch die
252 paritätische Aufteilung der Elternzeit (7+7 Modell) ersetzt werden und ganztags
253 Betreuungsangebote flächendeckend ausgebaut werden.
- 254 • Die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt muss enden.
255 Um den Gender-Pay-Gap zu beseitigen, fordern wir einen **Rechtsanspruch auf**
256 **gleichen Lohn bei gleicher Arbeit.** Außerdem müssen Berufe, in denen traditionell
257 mehr Frauen arbeiten, aufgewertet werden. Dies gilt besonders für Berufe im
258 Bereich Care-Arbeit
- 259 • Die Tarifbindung in vielen Branchen ist weiterhin zu niedrig. Es muss gezielt

260 und verstärkt von der Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung
 261 Gebrauch gemacht werden, wir brauchen ein **Bundestariftreuegesetz**, öffentliche
 262 Aufträge und Subventionen dürfen nur an Unternehmen mit Tarifverträgen vergeben
 263 werden. **OT-Mitgliedschaften (OT = Ohne Tarifbindung) in Arbeitgeberverbänden**
 264 **müssen verboten werden.** Damit es faire Löhne und bessere Arbeit gibt und der
 265 Gender-Pay-Gap geschlossen werden kann.

- 266 • Für die gute Arbeit und das gute Leben braucht es **Demokratisierung der**
 267 **Unternehmen.** Deswegen wollen wir betriebliche Mitbestimmung stärken. Dafür
 268 braucht es u.a. effektive Sanktionen, wenn Unternehmensmitbestimmung ignoriert
 269 wird. Auch das Streikrecht ist ein hohes Gut und darf nicht durch Konservative
 270 und Liberale angegriffen werden.
- 271 • **Sachgrundlose Befristungen wollen wir streichen** und die zulässigen „Sachgründe“
 272 im Teilzeit- und Befristungsgesetz stark begrenzen.
- 273 • Die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Flächentarifverträge des öffentlichen
 274 Dienstes auf alle Beschäftigten in Lehre und Forschung bei gleichzeitiger
 275 Aufhebung der Tarifsperrre sowie **einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte**
- 276 • **Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf Niveau des Mindestlohns** sowie
 277 Erhöhung der Berufsausbildungsbeihilfe. Dies geht einher mit der Einführung von
 278 flächendeckenden Jugendberufsagenturen.
- 279 • Wir fordern alle Unternehmen und staatliche Einrichtungen, die **vergünstigte**
 280 **Angebote** für Studierende anbieten, auf, diese **auch auf Azubis auszuweiten.**
- 281 • Unser Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstandort werden nur mit mehr und nicht weniger
 282 Migration erfolgreich sein. Wir wollen eine **schnelle Anerkennung von Abschlüssen**
 283 **bei ausländischen Fach- und Arbeitskräften**, sowie die stärkere Berücksichtigung
 284 gesammelter Berufserfahrung. Es braucht ein **flächendeckendes Sprachkursangebot**
 285 mit paralleler Kinderbetreuung, verbunden mit wirksamer Migrationsberatung sowie
 286 eine **Stärkung des Spurwechsels im Asylrecht.** Unnötige bürokratische Hürden
 287 müssen hier gesenkt werden. Mehr Flexibilität bei Sprachvoraussetzungen, wenn
 288 diese nicht zwingend notwendig sind.
- 289 • Die Erwerbstätigkeit muss allen Geflüchteten unabhängig von ihrem Herkunftsland
 290 bereits während des Asylverfahrens erlaubt werden, besonders, wenn die Zusage
 291 eines Ausbildungsplatzes vorliegt.
- 292 • Es braucht eine **massive Ausweitung berufsbegleitender Integrations- und**
 293 **Sprachkurse**, um Geflüchteten und Menschen mit Duldung die schnellere Integration
 294 in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu ermöglichen.
- 295 • Ein **Recht auf Weiterbildung** muss gesetzlich ausgebaut werden. Weiterhin muss der
 296 Bund die Länder auf, kleine und mittlere Unternehmen bei der Lohnfortzahlung zu
 297 unterstützen, um Weiterbildung zu ermöglichen.
- 298 • Menschen mit Behinderung brauchen **faire Arbeitsbedingungen** und dürfen keine
 299 Entlohnung erhalten, die unterhalb des Mindestlohniveaus liegt.

300 2. „Damit Du wohnen kannst - wie und wo Du willst!“

301 In den deutschen Großstädten fehlen rund 1,9 Millionen günstige Wohnungen. Diese
 302 soziale Problemlage besteht nicht erst seit kurzem und hat sich die Lage aufgrund

303 steigender Zinsen und Baukosten sogar noch verschlechtert. Von den jährlichen
 304 400.000, die die Ampelregierung versprochen hat, wurden 2023 nur knapp 180.000
 305 gebaut, viel zu wenig, um wirklich Entlastung zu schaffen. Fast 13 Prozent der
 306 Mieterhaushalte in deutschen Großstädten haben nach Abzug der Miete weniger als das
 307 Existenzminimum zur Verfügung. Gerade junge Menschen finden kaum ein WG-Zimmer oder
 308 eine Wohnung unter 500 Euro. Wohngeld, sozialer Wohnungsbau und die Mietpreisbremse
 309 sind die drei wichtigsten Instrumente, mit denen Wohnen bezahlbar gehalten werden
 310 soll. Um der Wohnungsnot zu begegnen, muss man alle drei Säulen massiv stärken.
 311 Insbesondere Familien haben es extrem schwer, ausreichend große und bezahlbare
 312 Wohnungen zu finden, was dazu führt, dass Kinder vielfach in extrem beengten
 313 Wohnverhältnissen aufwachsen. Wir wollen die Herausforderungen des ländlichen Raums
 314 in den Blick nehmen und bürokratische Hürden in der Förderung von Wohnraum
 315 herabsetzen, sodass auch kleine Kommunen davon profitieren können. Wir wollen, dass
 316 niemand im Regelfall mehr als 25% seines Einkommens für die Miete aufwenden muss und
 317 es für alle bedarfsgerechte Wohnungen gibt.

- 318 • Wir fordern eine **Mietpreisgarantie (WG-Garantie) für Auszubildende und**
 319 **Studierende**: Wir wollen, dass jede*r Studierende für höchstens 400€ eine
 320 Unterkunft bereitgestellt bekommt. Hierfür wollen wir die Bafög-
 321 Wohnungspauschale ausweiten und bei allen nicht-Bafög-berechtigten Studierenden
 322 und Auszubildenden bei Bedarf die anfallenden Wohnkosten über 400 Euro
 323 übernehmen.
- 324 • **Bundesweiter Stopp für Mieterhöhungen**, das heißt sofortiger Mietendeckel für
 325 alle angespannten Mietmärkte. Dies gilt auch für Gewerbemieten, um gerade dem
 326 Aussterben von Einzelhandel und Gastronomie zu begegnen.
- 327 • Wir wollen **große Wohnungskonzerne** ab 3.000 Wohneinheiten vergesellschaften, um
 328 einen Grundstock bezahlbarer Wohnungen zu garantieren.
- 329 • Bund und Länder müssen **1 Millionen Sozialwohnungen in der nächsten**
 330 **Legislaturperiode** garantieren. Dazu gehören eine strategische Bodenpolitik sowie
 331 der Rückkauf privatisierter Flächen. **Das heißt, staatliche**
 332 **Wohnungsbaugesellschaften müssen massiv Grundstücke erwerben und dort sozialen**
 333 **Wohnraum ermöglichen. Landes- bzw. kommunale Wohnungsbaugesellschaften müssen**
 334 **mit dem notwendigen Kapital ausgestattet werden.**
- 335 • Mit einer **massiven Ausbauoffensive für Studierende und Auszubildende** soll junger
 336 Wohnraum durch Studierenden- und Azubiwerke bzw. Kommunen geschaffen werden.
- 337 • Öffentlich geförderte Wohnungen müssen **dauerhaft sozialgebunden** bleiben.
- 338 • Es müssen alle **rechtlichen Instrumente ausgeschöpft werden**, um die Umwandlung
 339 von Miet- in Eigentumswohnungen und Luxussanierungen zu verhindern. Zusätzlich
 340 muss das **kommunale Vorkaufsrecht** rechtlich gestärkt werden und effektiv sein.
 341 Dabei wollen wir sowohl den Milieuschutz als auch die besonderen
 342 Herausforderungen des ländlichen Raums berücksichtigen.
- 343 • Viele Mieter*innen sind von sukzessiv ansteigenden Indexmieten betroffen. Wir
 344 fordern daher ein **Indexmietenverbot**.
- 345 • Die **Zweckentfremdung muss gestoppt werden**: In Kommunen mit angespannten
 346 Wohnungsmärkten sollen Mietwohnungen nicht kommerziell als Ferienwohnungen
 347 angeboten werden dürfen.

- 348 • Wir wollen, dass Möglichkeiten zur **Kündigung** aufgrund von **Eigenbedarf** stark
349 eingeschränkt werden. Dies kann insbesondere durch eine Verlängerung der
350 Fristen, die Verschärfung des Nachweises des Eigenbedarfs, Stärkung der
351 Härtefallregelungen und die Beschränkung auf enge Familienangehörige erfolgen.
- 352 • Dort, wo Industrie entwickelt oder neu angesiedelt wird, fordern wir die
353 Verpflichtung zum Bau von Werkwohnungen, insbesondere auch für Auszubildende.
- 354 • Finanzierung des **Housing-First-Konzept** durch den Bund und ein separates
355 Bundesprogramm zur Bekämpfung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit.
- 356 • Wir wollen **institutionelle Diskriminierung** auf dem Wohnungsmarkt bekämpfen, die
357 vor allem Menschen mit Migrationsgeschichte betrifft.

358

359 **3. „Damit alle die gleiche Chance haben!“**

360 In kaum einem europäischen Land ist der Bildungserfolg so stark abhängig vom
361 Geldbeutel der Eltern wie in Deutschland. Das bedeutet, dass der berufliche Erfolg
362 immens an den Status der Eltern geknüpft ist. Daneben geben wir in unserem durch den
363 Föderalismus geprägten Bildungssystem im OECD-Vergleich wenig für Schule und Bildung
364 aus. Die Jusos und die Sozialdemokratie müssen gleiche Chancen durch Bildung für alle
365 ermöglichen. Wir wollen dafür sorgen, dass das Versprechen des Aufstiegs durch Arbeit
366 und Bildung möglich ist. Dem kapitalistischen Konkurrenzdenken, dass den Aufstieg des
367 einen nur auf Kosten des anderen ermöglicht, wollen wir ein Solidaritätsversprechen
368 entgegensetzen, in dem soziale Sicherheit und Aufstieg für alle gemeinsam möglich
369 sind.

- 370 • Wir investieren **100 Milliarden Euro in unser Bildungssystem**: Dies wird
371 gebraucht, um Kitas auszubauen, Schulen zu sanieren, flächendeckende
372 Ganztagsbetreuung und bessere Inklusion zu ermöglichen und deutlich mehr
373 Personal einzustellen.
- 374 • Wir fordern das **Ende des Kooperationsverbots für Bildung im Grundgesetz**. Wir
375 wollen eine in Grundzügen einheitliche Schulpolitik in den Ländern. Es kann
376 nicht sein, dass Schulwechsel zwischen Bundesländern kompliziert sind und zum
377 Teil Versetzungen in die höhere Klassenstufe gefährden.
- 378 • Wir stehen für die **Gebührenfreiheit** im öffentlichen Bildungssystem. Wir wollen
379 gebührenfreie Kitas (Elternbeitragsfreiheit) und kämpfen für die Abschaffung
380 jeglicher Gebühren für Schulmaterial, Ausbildung und Studium. Auch Kurse der
381 Grundbildung oder zum nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses müssen
382 gebührenfrei zugänglich sein.
- 383 • Wir wollen **kostenlose Mahlzeiten**, bei welchen verschiedene Ernährungsweisen
384 berücksichtigt werden an allen Schulen ermöglichen, durch die Länder und den
385 Bund finanziert.
- 386 • Wir wollen eine Schule für alle mit **Ganztagskonzept und das Ende des**
387 **dreigliedrigen Schulsystems**. Im ersten Schritt soll der Übergang von Grund in
388 die weiterführende Schule nach Vollendung des sechsten Schuljahres beginnen.
389 Ziel ist der **Aufbau von kommunalen Bildungszentren** mit Grundschule,
390 Weiterführenden Schule sowie Berufsschule an einem Ort. Im Rahmen des Ganztags
391 sollen Vereine aller Art in den Schullalltag integriert werden.

- 392 • Schulen sollen mehr zum Ort der freien Entfaltung und Interessenentwicklung
393 werden. Wir wollen **fächerübergreifenden Unterricht statt mehr Unterrichtsfächer**.
394 Neben einem zu erwerbenden Grundwissen sollen in verschiedenen Abstufungen
395 Schwerpunkte bereits in der Schule gebildet werden können.
- 396 • Aufbau einer **kostenlosen, verlässlichen und arbeitsnahen Kinderbetreuung**,
397 **insbesondere** auch für Wochenenden, Randzeiten und Nächte.
- 398 • Wir brauchen einen **Digitalpakt 2.0. für die Schulen** sowie die Ausstattung aller
399 Schüler*innen in den weiterführenden Schulen Arbeitsendgeräten. Wir wollen alle
400 Schulen mit Glasfaser, WLAN und moderner Präsentationstechnik ausstatten sowie
401 die Digitalisierung der Unterrichtsmaterialien vorantreiben. Deshalb wollen wir
402 das Lehramtsstudium zu einem praxisintegrierenden dualen Studium reformieren,
403 damit angehende Lehrkräfte bereits ab Studienbeginn Lehrerfahrung sammeln. Der
404 Standort darf nicht ausschlaggebend dafür sein wie gut Schulen materiell und mit
405 Ressourcen ausgestattet sind.
- 406 • Wir fordern eine **echte Kindergrundsicherung**, die sich spürbar im Geldbeutel der
407 Eltern und Kinder bemerkbar macht. Ansatzpunkt ist hier ein Grundbetrag sowie
408 ein Zusatzbetrag für ärmere Familien. Der Basisbetrag soll eine Höhe von 300
409 Euro haben.
- 410 • Wir fordern **Bildungseinrichtungen**, die **diversitätssensibel** arbeiten und dabei
411 die unterschiedlichen Lebensrealitäten von marginalisierten Gruppen
412 berücksichtigen. Schulen und Kindertagesstätten müssen ein Ort für alle Kinder
413 sein. Das Personal ist entsprechend zu schulen und muss die internalisierten
414 Ismen wieder verlernen. Es braucht unabhängige Anlaufstellen für Gewalt- und
415 Diskriminierungserfahrungen. Auch das Lehrmaterial ist durch einen
416 heteronormativen, männlichen und weißen Blick erstellt, was zu ändern gilt.
- 417 • Der Zugang zu Hochschulen muss gerechter werden. Dafür braucht es umfassende
418 Unterstützungs- und Beratungsangebote, insbesondere für Frauen,
419 Arbeiter*innenkinder und von Rassismus Betroffene, sowie Schulungen für
420 Lehrkräfte und Dozierende in Hinblick auf strukturelle Diskriminierung. Es
421 müssen mehr Studienplätze geschaffen werden, damit der Numerus Clausus, als, in
422 einem sozial selektiven Bildungssystem unfaires Auswahlkriterium, nicht mehr
423 benötigt wird.
- 424 • Es braucht eine Ausfinanzierung der Hochschulen. Studierende müssen in
425 angenehmer Atmosphäre lernen können und Hochschulen unabhängig vom ökonomischen
426 Wettbewerb um Forschungsgelder, Drittmittel und Exzellenzförderung werden. Der
427 Bologna-Prozess muss „richtig“ durchgesetzt werden, ohne mit einer
428 Ökonomisierung der Bildung einherzugehen.
- 429 • Es braucht eine **grundlegende Reform des BAföG**: Anhebung der Bedarfssätze und
430 langfristig eine Inflationskopplung dieser, sowie ein BAföG als Vollzuschuss.
431 Besonders wichtig ist eine Anhebung der Wohnkostenpauschale auf mindestens 500
432 Euro. Weiterhin eine Ausweitung der Förderhöchstdauer, die Abschaffung der
433 Altersbegrenzung, elternunabhängiger Bezug sowie Flexibilität beim
434 Studienfachwechsel.
- 435 • Ein individueller und bundesweit flächendeckenden Rechtsanspruch auf einen
436 Ausbildungsplatz, der jeder jungen Person tatsächlich hilft, einen

437 Ausbildungsplatz zu erhalten. Wir wollen die **Ausbildungsgarantie zu einer**
438 **richtigen Garantie machen**, das heißt mit einem Rechtsanspruch versehen. Außerdem
439 wollen wir Unternehmen über branchenspezifische Fonds in die Verantwortung für
440 die Finanzierung nehmen, sodass insbesondere Unternehmen, die nicht oder zu
441 wenig ausbilden ihren solidarischen Beitrag leisten

442 • Wir wollen **Ausbildungsbedingungen verbessern**, indem wir Berufsschulen
443 renovieren, Azubi-Wohnheime bauen, **Azubiwerke einrichten** und gute und günstige
444 Mobilität für Auszubildende sicherstellen.

445 • Wir wollen die Situation **Dual-Studierender** verbessern, indem wir sie in das BBiG
446 aufnehmen, damit es einheitliche Regelungen für Standards, Vergütung und
447 Bedingungen des Dualen-Studiums gibt.

448

449 **4. „Damit Du schnelles Netz und pünktliche Bahnen hast!“**

450 Jeder kennt es, man sitzt in der Bahn und hat kaum oder keine gute Internetverbindung
451 und dann hat die Bahn gottlos Verspätung. Wir wollen einen starken Staat mit einer
452 starken Infrastruktur, der das Leben der Menschen erleichtert und nicht erschwert.
453 Aber auch in der Digital- und Netzpolitik läuft vieles schief und dauert einfach zu
454 lange: Kartenzahlungen sind oftmals nicht möglich, an vielen Orten ist das Netz weg
455 und Behördenleistungen digital zu beantragen und zugeschickt zu bekommen ist oftmals
456 ein dysfunktionaler Albtraum. Wir wollen digitalen Fortschritt überall ermöglichen
457 und mitdenken und Datenschutz garantieren. Um diese Modernisierung unserer
458 Gesellschaft zu ermöglichen, ist es unerlässlich, die Schuldenbremse abzuschaffen.
459 Als Investitionsbremse steht sie der Erneuerung unseres Staats- und unserer
460 Gesellschaft entgegen, als Machtinstrument der Konservativen und Neoliberalen
461 beschränkt sie die Handlungsfähigkeit des Staates zugunsten der privaten Märkte,
462 diese Ideologie ist in den letzten Jahrzehnten gescheitert, hat uns kaputte Schulen
463 und Brücken beschert und uns an den Rande der Klimakatastrophe gebracht. Deshalb gilt
464 es, die jahrzehntelange Investitionsschwäche zu beenden und dafür die Schuldenbremse
465 endlich loszuwerden.

466 • Wir wollen die **Schuldenbremse** abschaffen und massiv in die Erneuerung unserer
467 Gesellschaft und Infrastruktur investieren.

468 • Wir wollen das **Deutschlandticket auf 9 Euro** pro Monat absenken und einen
469 perspektivisch ticketlosen, umlagefinanzierten ÖPNV einführen.

470 • Die Deutsche Bahn ist viel zu teuer und zu spät: Wir brauchen **bezahlbare Preise**
471 **für alle im Fernverkehr**. Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und
472 Freiwilligendienstleistende sollen kostenlos fahren.

473 • Ein starker Staat stellt eine starke Infrastruktur bereit. Das **Schienennetz muss**
474 **erneuert** und ausgeweitet werden. Weiterhin wollen wir den **flächendeckenden**
475 **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs** gerade im ländlichen Raum, das **Bereitstellen**
476 **einer modernen Fahrradwegeninfrastruktur** in Großstädten sowie die **Modernisierung**
477 **und Sanierung unseres Straßennetzes**.

478 • Die Deutsche Bahn muss wieder in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform
479 überführt werden.

480 • Der **Breitband- und Mobilfunkausbau muss beschleunigt werden**. Wir wollen, dass

481 die Versorgung von Breitband und Mobilfunk staatlich gewährleistet wird und
482 Doppelstrukturen vermieden werden. Die Privatisierung natürlicher Monopole im
483 Netzausbau hat zu Chaos, schlechter Netzabdeckung in manchen, sinnlose
484 Doppelstrukturen in anderen Regionen geführt. Wir wollen Netze zurück in die
485 öffentliche Hand holen.

486 • Wir fordern **5G an jeder Ecke** sowie ein **Bürgerportal mit dem alle Behördengänge**
487 von der Anmeldung des Wohnsitzes bis zur Steuererklärung **digital, papierlos und**
488 **barrierefrei durchgeführt werden können.**

489 • Wir setzen uns **gegen digitalen Hass im Netz ein**, der besonders FINTA und BIPoC
490 betrifft. Es braucht dringend mehr Prävention und Unterstützung in Schulen,
491 Betrieben und Hochschulen. Gewalt im Netz muss von Sicherheitsbehörden
492 konsequent verfolgt werden. Dafür braucht es mehr Personal und die Nutzung von
493 KI-Programmen im Rahmen eines hohen Datenschutzes.

494 • Der Staat muss alternative Open Source-Office-Produkte aktiv fördert, indem er
495 in die Entwicklung investiert und diese selbst verwendet.

496 • Es braucht eine **Kennzeichnungspflicht für KI-hergestellte Inhalte** gerade auf
497 sozialen Plattformen.

498

499 **5.„Damit Du selbstbestimmt und sicher leben kannst!“**

500 Jede Zusammenarbeit mit der faschistischen AfD ist für uns auf allen Ebenen
501 kategorisch ausgeschlossen! Für uns steht fest, dass wir eine starke Sozialdemokratie
502 brauchen, um dem Rechtsruck entgegenzutreten. Eine Sozialdemokratie, die nicht auf
503 populistische und rechte Erzählungen hereinfällt und diese reproduziert. Eine
504 Sozialdemokratie, die fest auf ihrem Wertefundament steht und ein Gegenmodell für
505 eine starke demokratische und solidarische Gesellschaft zeichnet. Wir wollen eine
506 Sozialdemokratie, die eine Vision aufzeigt von einer Gesellschaft, in der alle
507 selbstbestimmt, frei und sicher leben können.

508 • Unsere Brandmauer gegen die Nazis steht seit 120 Jahren. Wir bekämpfen Nazis auf
509 der Straße und in den Parlamenten. Mit uns wird es **nie eine Zusammenarbeit mit**
510 **der Naziartei AfD** geben und diese politisch und mit allen Mitteln des Rechts-
511 und Verfassungsstaats bekämpfen, um unsere Demokratie zu schützen. Wir werden
512 alles dafür tun, um den gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck zu
513 beenden.

514 • Für uns bedeutet auf dem rechten Auge nicht blind zu sein auch, die **Gefahren des**
515 **Islamismus für Freiheit und Gleichberechtigung klar zu benennen.** Wir
516 unterstützen Vereinsverbote wie z.B. gegen das „Islamische Zentrums Hamburg“
517 und fordern konsequente Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden gegen
518 radikalen Islamisten und die Ausweitung von Deradikalisierungsprogrammen.

519 • Rechte und insbesondere Rechtsextreme, vor allem die AfD, setzen gemeinnützige
520 Vereine für Demokratie und gegen Rechts zunehmend unter Druck. Seit dem Compact
521 und Attac die Gemeinnützigkeit entzogen wurde, besteht auch bei kleinen
522 gemeinnützigen Unsicherheit, die die AfD für sich zu nutzen weiß, um
523 gemeinnützige Vereine zu gängeln und damit ihre Existenz zu bedrohen. Deswegen
524 wollen wir, dass mehr Klarheit zugunsten zivilgesellschaftlicher Vereine beim

- 525 Gemeinnützigkeitsrecht geschaffen wird.
- 526 • Wir fordern eine finanzielle Absicherung zivilgesellschaftlicher Organisationen,
527 die sich gegen Rechtsextremismus und Feinde der Demokratie einsetzen. Dazu muss
528 das **Demokratiefördergesetz sofort auf den Weg** gebracht werden.
- 529 • Wir sprechen uns **gegen einen Pflichtdienst sowie gegen den verpflichtenden**
530 **Wehrdienst** aus. Stattdessen wollen wir die **Freiwilligendienste stärken**, indem
531 wir jungen Menschen einen Rechtsanspruch bieten und das Taschengeld auf die Höhe
532 der Besoldung des Wehrdienstes gleichstellen. Perspektivisch ist eine
533 Angleichung an den Mindestlohn das Ziel, d.h. Freiwilligendienste müssen
534 Mindestlohn garantieren.
- 535 • Wir wollen, dass Frauen besonders vor Gewalt geschützt werden Es gibt nicht mal
536 ansatzweise genug Plätze in Frauenhäusern in Deutschland. Dafür müssen wir
537 **flächendeckend Frauenhäuser ausweiten, sanieren und finanziell stark ausstatten**
538 und sie zu inklusiven **Orten für alle Frauen** entwickeln. Das bedeutet, sie
539 müssen barrierearm und kostenlos sein.
- 540 • Besonders FINTA müssen besser vor sexualisierter Gewalt und
541 geschlechtsspezifischer Gewalt geschützt werden. Nicht nur “nein heißt nein”,
542 sondern nur “ja heißt ja” muss gesetzlich verankert werden. Sogenanntes
543 Catcalling muss verboten werden.
- 544 • Wir fordern die **Streichung von § 218 StGB** aus dem Strafgesetzbuch. und
545 Schwangerschaftsabbrüche als Teil gesundheitlicher Grundversorgung. Das
546 bedeutet, Schwangerschaftsabbrüche müssen leicht zugänglich sein und ein breites
547 Angebot geben, auch im ländlichen Raum.
- 548 • Die **Legalisierung der altruistischen Leihmutterschaft** in Deutschland unter
549 Festlegung bestimmter Maßstäbe die sowohl das physische als psychische Wohl der
550 Leihmutter immer in den Fokus der einzelnen Situation setzen. Dazu zählt auch
551 die Legalisierung von Eizellspenden.
- 552 • Die **grundsätzliche Legalisierung der Gewinnung von embryonalen Stammzellen** bis
553 zu 14 Tage nach der Befruchtung (in Anlehnung an bspw. die belgische
554 Gesetzeslage) zu Forschungszwecken.
- 555 • Wir fordern eine **Novellierung des Abstammungsrecht** mit Einführung der Co-
556 Mutterschaft und Mehrelternschaft.
- 557 • Das Selbstbestimmungsgesetz wollen wir weiterentwickeln. Dazu ist es notwendig,
558 dass weiterhin geltende diskriminierende Regeln aus dem Selbstbestimmungsgesetz
559 gestrichen werden.
- 560 • Es braucht Safer Spaces für queere Menschen und vor allem auch Schutzräume für
561 queere Kinder und Jugendliche..
- 562 • Es braucht mehr Aufklärungs- und Präventionsarbeit zu Antifeminismus.
- 563 • Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl in seiner vollen Bandbreite. Wir wollen
564 **sichere Fluchtrouten** schaffen, damit das Sterben und die Gewalt auf der Flucht
565 endlich enden. Deswegen fordern wir eine staatliche Seenotrettung, die
566 Abschaffung von Frontex und das konsequente Verfolgen von (illegalen) Pushbacks.
567 Damit sich nach Möglichkeit keine Menschen auf die gefährliche Flucht begeben
568 müssen, fordern wir die Einführung von humanitären Visa und die Ausweitung und

- 569 vollständige Ausschöpfung von Resettlement-Programmen.
- 570 • Vor allem wenn Menschen vor Ort uns in Auslandseinsätzen unterstützt haben und
571 dadurch in Lebensgefahr geraten, ist es das Mindeste, dass wir diesen Menschen
572 unseren Schutz bieten. Es ist eine Schande, wie wir diese Menschen in
573 Afghanistan im Stich gelassen haben. Das **Bundesaufnahmeprogramm** muss endlich
574 umgesetzt werden und Menschen aus Afghanistan gerettet werden.
- 575 • Wir müssen endlich **Fluchtursachenbekämpfen**. Die Klimakrise muss konsequent
576 bekämpft werden und die Klimakrise als Fluchtursache anerkannt werden. Es
577 braucht eine antikoloniale Entwicklungszusammenarbeit und Wiedergutmachungen des
578 globalen Nordens am globalen Süden.
- 579 • Dass jeder Mensch ein Recht auf ein Leben in Würde hat, gilt selbstverständlich
580 auch für Geflüchtete. Es darf keine Lager - weder an den europäischen
581 Außengrenzen noch an unseren deutschen Grenzen - geben. Wir fordern eine
582 **menschenwürdige und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und einen**
583 **solidarischen Verteilungsmechanismus**. Abkommen mit Drittstaaten, die der Abwehr
584 von Migration dienen, lehnen wir ab. Besonders die Abkommen mit Staaten, die
585 Menschenrechte missachten wie die Türkei oder Tunesien.
- 586 Für ein Leben in Würde und Teilhabe wollen wir endlich die Aussetzung der
587 Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige beenden und
588 Beschäftigungsverbote für Geflüchtete aufheben.
- 589 • Anstatt immer mehr von unmenschlichen Abschiebungen zu reden, wollen wir für
590 Geflüchtete den **Spurwechsel** ermöglichen.
- 591 • Wir wollen, dass das **Staatsangehörigkeitsrecht** weiter reformiert wird und vor
592 allem auch vulnerable Gruppen es erleichtern, sich hier einzubürgern. Wir
593 brauchen Menschen, die sich hier einbringen, teilhaben und arbeiten können. Und
594 sie sollen dann natürlich hier auch wählen können. Deswegen fordern wir zunächst
595 das kommunale Wahlrecht auch für Drittstaatsangehörige. Wir wollen ein offenes
596 und modernes Einwanderungsland.
- 597 • Wir wollen **Rassismus** innerhalb unserer Gesellschaft **bekämpfen**. Das beinhaltet
598 sowohl die konsequente Aufklärung rassistischer Diskriminierung durch
599 unabhängige Strukturen und Ansprechpartner*innen in staatlichen Strukturen, als
600 auch die finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Antirassismuserbeit.
- 601 • Den grassierenden Antisemitismus stellen wir uns entgegen. Wir wollen wirksamen
602 Schutz für Jüdinnen* und Juden und jüdische Einrichtungen. Dafür müssen Gelder
603 bereitgestellt werden, antisemitische Symbole und Zeichen verboten und in
604 Bildung gegen Antisemitismus investiert werden
- 605 • Die Ausfinanzierung von Gedenkstätten der Shoa, denn auch hier schlägt sich der
606 Sparzwang nieder.
- 607 • Es braucht **Antidiskriminierungsgesetze** und unabhängige Melde- und
608 Ermittlungsstellen, wo Menschen sich hinwenden können, wenn sie rassistische
609 oder andere menschenfeindlich bezogene Gewalt durch staatliche Institutionen
610 erfahren. Besonders vor unrechtmäßiger Polizeigewalt werden Menschen nicht
611 geschützt. Die Einrichtung offizieller Meldestellen, um lückenlose Aufklärung
612 dieser und weiterer rechter Netzwerke und Strukturen innerhalb der

- 613 verschiedensten staatlichen Institutionen zu gewährleisten. Besonders gegen
614 Rechtsextremismus bei Polizei und Bundeswehr muss konsequent vorgegangen
615 werden
- 616 • Die **Entfernung von Personen aus dem Staatsdienst, die in rechtsextremen**
617 **Organisationen aktiv sind** oder Einstellungen aus dem Bereich der
618 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit teilen.
 - 619 • Wir stehen für eine gemeinsame und koordinierte **europäische Sicherheitspolitik**,
620 die sich gegen hybride oder konventionelle Angriffe autoritärer Staaten zur Wehr
621 setzen kann und die Sicherheit der Bürger*innen garantiert. Wir setzen uns
622 außerdem für eine wirksame Rüstungskontrolle ein.
 - 623 • Wir stehen für einen **breiten Sicherheitsbegriff**, der Investitionen in
624 Demokratie, Bildung, Infrastruktur etc. mit einbezieht, um eine resiliente
625 Gesellschaft zu schaffen. Bei der Betrachtung internationaler Konflikte und
626 Krisen nehmen wir eine intersektionale, feministische Perspektive ein, die
627 vulnerable Gruppen bei der Konfliktprevention, der Konfliktlösung und der
628 Friedenssicherung schützt und einbezieht.
 - 629 • Sicherheitspolitik basiert für uns auf einem Zusammenspiel zwischen **Außen- und**
630 **Sicherheitspolitik und sogenannter Entwicklungszusammenarbeit**. Der
631 Diskreditierung von Entwicklungszusammenarbeit von Rechten, Konservativen und
632 Liberalen erteilen wir eine klare Absage. Wir setzen uns für eine
633 Entwicklungszusammenarbeit, die auf Gleichberechtigung und Augenhöhe baut, sowie
634 Partner*innen aus der Zivilgesellschaft vor Ort einbezieht, ein. Der Abbau von
635 postkolonialen Strukturen ist dafür notwendig.
 - 636 • Wir solidarisieren uns mit den mutigen Menschen im Iran, die weiterhin gegen das
637 islamistische Regime aufbegehren und fordern daher einen **Wandel in der Iran-**
638 **Politik**.
 - 639 • Wir stehen an der Seite der Ukraine und setzen uns für die **bestmögliche**
640 **Ausstattung** und Ausrüstung dieser in ihrem Kampf gegen den Aggressor Russland
641 ein.
 - 642 • **Chinas** zunehmend autoritäres und bedrohendes Verhalten gegenüber seinen Nachbarn
643 verurteilen wir. Entsprechende aggressive Handlungen der Volksrepublik in ihrer
644 Nachbarschaft, aber auch darüber hinaus dürfen genauso wenig wie der Umgang mit
645 Minderheiten ohne Konsequenzen hingenommen werden.
 - 646 • Die Bedrohung durch **Desinformationen und Cybersicherheit** werden unter anderem
647 durch China und Russland immer größer. Kritische Infrastruktur muss durch
648 Investitionen in Sicherheitsmaßnahmen und Bildung besser geschützt werden. Dafür
649 müssen die Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten.
- 650 **6. „Damit Du in Wohlstand leben und das Klima schützen kannst!“**
- 651 Wir wollen die Klimawende in der Industrie sozial nachhaltig gestalten. Wir wollen
652 auf der einen Seite die Klimaziele endlich einhalten und auf der anderen Seite den
653 Beschäftigten in der Industrie die Sicherheit geben, dass die ökologische
654 Transformation des industriellen Sektors nicht zu ihren Lasten gehen wird und
655 Arbeitsplätze zu guten Bedingungen erhalten bleiben. Für uns sind eine starke
656 Industrie und Wirtschaft und den Klimawandel bekämpfen und die Klimaziele einzuhalten

- 657 kein Widerspruch, sondern eine notwendige Bedingung, um das Brennen der Welt zu
658 verhindern und Wohlstand und Sicherheit zu erhalten.
- 659 • Um die Klimaziele zu erreichen und die Wärmewende zu schaffen, müssen wir die
660 **erneuerbaren Energien im Bereich Strom und Wärme massiv ausbauen**. Dafür brauchen
661 wir einen dringend benötigten **Ausbau der Netzinfrastruktur und**
662 **Speicherkapazitäten**. Um nicht zu stromfokussiert zu sein, setzen wir auf eine
663 dezentrale Energieversorgung. Dazu zählen unter anderem neben Wind- und
664 Solarenergien der **Ausbau von Bioenergie, Wasserkraft sowie Geothermie**.
 - 665 • Wir wollen eine **Wärmewende**, die die Menschen nicht überfordert. Deshalb setzen
666 wir auf die Förderung des Ausbaus von **Fernwärmenetzen, Quartierswärmepumpen** und
667 anderen kollektiven Ansätzen, die verhindern, dass der*die Einzelne mit Kosten
668 belastet wird, die nicht zu bewältigen sind. Die Wärmewende gelingt nur, wenn sie
669 gemeinschaftlich angegangen und nicht dem Individuum auferlegt wird. Dabei
670 setzen wir insbesondere auf Wärme, die aus erneuerbaren Energien gewonnen wird.
 - 671 • Wir wollen die **Planungs- und Genehmigungsverfahren** gerade für den Ausbau
672 erneuerbarer Energien **vereinfachen und verschlanken**. Dazu gehört zum Beispiel
673 die **schnelle Implementierung einer Wasserstoffpipelineinfrastruktur**, um
674 Wasserstoff nach Deutschland zu importieren. Dabei setzen wir bei der Verwendung
675 von Wasserstoff zunächst insbesondere auf die Transformation energieintensiver
676 Industrie. Weiterhin gehört die Praxis, dass jedes Windrad durch einen
677 Gemeinderatsentscheid verhindert werden kann, gehört beendet. Dafür muss das
678 Vergaberecht überarbeitet werden.
 - 679 • Wir brauchen eine **Abwärmestrategie für unsere gesamte Industrie und solide**
680 **Ausfinanzierung einer flächendeckenden kommunalen Wärmeplanung**. Das Auffangen
681 und Aufbereiten überschüssiger Abwärme sowie die Wiederverwertung innerhalb der
682 Industriebetriebe sowie zum Heizen von öffentlichen Gebäuden und Wohnraum.
 - 683 • Es braucht eine **bundeseinheitliche Förderung von Energiegenossenschaften**, um die
684 Energieversorger zu diversifizieren. Gerade Energiegenossenschaften stellen eine
685 Möglichkeit der Vergesellschaftung und Demokratisierung der Energieversorgung.
 - 686 • Um die Strompreise weiter zu senken, wollen wir die **Stromsteuer für**
687 **Privathaushalte und Unternehmen abschaffen**. Zusätzlich wollen wir die
688 **Netzentgelte abschaffen** und Netzausbau sowie Netzunterhalt steuerfinanzieren.
 - 689 • Seite an Seite mit den DGB-Gewerkschaften fordern wir die **Einführung eines**
690 **Brückenstrompreises** in Höhe von 5 Cent pro Kilowattstunde inklusive Steuern und
691 Abgaben.
 - 692 • Wir wollen die **Abschreibungsmöglichkeiten** auf Klimainvestitionen ausweiten und
693 über gezielte **Subventionierung** Arbeitsplätze in der Industrie zukunftsfähig
694 machen und klimafreundliches Wachstum ermöglichen.
 - 695 • Über die gezielte Ansiedlung von **grünen Schlüsselindustrien** wollen wir
696 Industriecenter aufbauen und gleichzeitig die Resilienz der Volkswirtschaft
697 steigern.
 - 698 • Wir wollen ein **soziales Klimageld!** CO₂-Emissionen in den Bereichen Wärme und
699 Verkehr werden bepreist. Das bedeutet einen wichtigen finanziellen Anreiz, von
700 fossilen Brennstoffen auf klimaschonende Alternativen umzusteigen. Diese

701 Lenkungswirkung begrüßen wir als Sozialdemokratie, wollen Klimaschutz aber
702 sozialgerecht und nicht zu Lasten der Ärmsten gestalten. Momentan belastet der
703 CO2-Preis arme Menschen sowie Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen
704 leider überproportional. Deswegen braucht es ein Gegensteuern durch die
705 Rückverteilung der Einnahmen des CO2-Preises an die Bürger*innen sowie gezielte
706 Fördermaßnahmen. Ein solches Instrument ist die zügige und unbürokratische
707 Einführung eines Klimagelds. Im Rahmen dessen wollen wir, dass die kompletten
708 Einnahmen der CO2-Bepreisung dauerhaft durch das Klimageld an die Bürger*innen
709 rückerstattet werden. Wir fordern ein einkommensabhängiges Klimageld: Dieses
710 soll stufenweise niedriger bemessen werden, umso höher das Einkommen liegt -
711 einkommensärmere Personen profitieren dann folglich mehr. Das Klimageld soll
712 nicht mit Sozialleistungen verrechnet werden. Wir wollen, dass Bürger*innen das
713 Klimageld wahrnehmen, beispielsweise als Gutschrift auf ihrem Bankkonto. Wir
714 regen an, sich am österreichischen Modell des Klimabonus' zu orientieren - der
715 gestaffelte Betrag wird dort per Überweisung auf das jeweilige Bankkonto oder
716 über einen Gutschein via Post einmal jährlich automatisch ausbezahlt.

717 • **Klimagerechtigkeit** bedeutet vor allem auch **globale Gerechtigkeit**. Während der
718 globale Norden Hauptverursacher der Klimakrise ist, leidet der globale Süden
719 hauptsächlich unter den Folgen der Klimakrise. Der globale Norden muss hier den
720 globalen Süden dafür entschädigen.